



Verfassungsgerichtshof

Entscheid Nr. 125/2025
vom 25. September 2025
Geschäftsverzeichnismrn. 8298, 8360 und 8373

In Sachen: Klagen auf völlige oder teilweise Nichtigerklärung von Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 « zur Festlegung von Bestimmungen im Bereich Digitalisierung der Justiz und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen II » (Ersetzung von Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches), erhoben von Luc Van Calenbergh und Bram Van Thillo, von Heidi Bortels und anderen und von Len Augustyns und Koen Vaneecke.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus der vorsitzenden Richterin Joséphine Moerman, dem vorsitzenden Richter Thierry Giet, und den Richtern Michel Pâques, Yasmine Kherbache, Danny Pieters, Sabine de Bethune, Emmanuelle Bribosia, Willem Verrijdt, Kattrin Jadin und Magali Plovie, unter Assistenz des Kanzlers Nicolas Dupont, unter dem Vorsitz der Richterin Joséphine Moerman,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klagen und Verfahren

a. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 13. August 2024 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 14. August 2024 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf teilweise Nichtigerklärung von Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 « zur Festlegung von Bestimmungen im Bereich Digitalisierung der Justiz und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen II » (Ersetzung von Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches), veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 28. Mai 2024: Luc Van Calenbergh und Bram Van Thillo.

Mit derselben Klageschrift beantragten die klagenden Parteien ebenfalls die teilweise einstweilige Aufhebung derselben Gesetzesbestimmung. Durch Entscheid 141/2024 vom 27. November 2024 (ECLI:BE:GHCC:2024:ARR.141), veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 25. April 2025, hat der Gerichtshof die Klage auf einstweilige Aufhebung zurückgewiesen.

b. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 20. November 2024 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 21. November 2024 in der Kanzlei

eingegangen ist, erhoben Klage auf teilweise Nichtigerklärung derselben Gesetzesbestimmung: Heidi Bortels, Lien De Geyter, Thibault Gaudin, Nicolas Goethals, Sarah Lambrecht, Youri Mossoux, Quentin Pironnet, Bernadette Renauld, Mathilde Rousseau, Sophie Seys, Tim Souverijns, Jan Theunis, Ann-Sophie Vandaele und Martin Vrancken.

c. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 27. November 2024 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 29. November 2024 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf völlige Nichtigerklärung derselben Gesetzesbestimmung: Len Augustyns und Koen Vaneecke, unterstützt und vertreten durch RA Jan Fransen, in Antwerpen zugelassen.

Diese unter den Nummern 8298, 8360 und 8373 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

In Anbetracht des Gegenstands der Klagen, von dem auch die Referenten des Verfassungsgerichtshofes betroffen sind, wobei vierzehn Referenten nachher auch tatsächlich eine Nichtigkeitsklage eingereicht haben, hat der Gerichtshof durch Anordnung vom 17. September 2024 alle erforderlichen Vorsorgemaßnahmen getroffen, um die Waffengleichheit aller möglicherweise am Verfahren beteiligten Parteien zu gewährleisten.

Schriftsätze wurden eingereicht von

- Ann-Sophie Vandaele (intervenierende Partei in den Rechtssachen Nrn. 8298 und 8373),
- dem Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RÄin Aube Wirtgen und RA Sietse Wils, in Brüssel zugelassen.

Die klagenden Parteien haben Erwidierungsschriftsätze eingereicht.

Durch Anordnung vom 2. Juli 2025 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richterinnen Joséphine Moerman und Emmanuelle Bribosia beschlossen, dass die Rechtssachen verhandlungsreif sind, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung nach Ablauf dieser Frist geschlossen und die Rechtssachen zur Beratung gestellt werden.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. Rechtliche Würdigung

(...)

In Bezug auf die angefochtene Bestimmung und deren Kontext

B.1. Die Klagen richten sich gegen die Beschränkung des persönlichen Anwendungsbereichs der Regelung des Gerichtsbarkeitsvorrechts. Diese Beschränkung wurde eingeführt mit der Ersetzung von Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches durch Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 « zur Festlegung von Bestimmungen im Bereich Digitalisierung der Justiz und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen II » (nachstehend: Gesetz vom 15. Mai 2024), der am 28. November 2024 in Kraft getreten ist.

Die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 8298 beantragen die Nichtigkeitserklärung von Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024, insofern er Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches ersetzt und insofern in dieser letztgenannte Bestimmung die Mitglieder des Koordinationsbüros beim Staatsrat nicht mehr erwähnt werden. Die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 8360 beantragen die Nichtigkeitserklärung von Artikel 479, Absatz 1 des Strafprozessgesetzbuches, ersetzt durch Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024, insofern die Referenten am Verfassungsgerichtshof in der Aufzählung der Inhaber des Gerichtsbarkeitsvorrechts in dieser Vorschrift nicht genannt sind. Die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 8373 beantragen ohne Weiteres die Nichtigkeitserklärung von Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024.

B.2.1. Die Artikel 479 bis 489 des Strafprozessgesetzbuches sehen ein vom allgemeinen Strafprozessrecht abweichendes Verfahren, « Gerichtsbarkeitsvorrecht » genannt, für von bestimmten Inhabern öffentlicher Ämter begangene Straftaten vor. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 15. Mai 2024 werden die Zielsetzungen dieses abweichenden Verfahrens erwähnt:

« Zoals blijkt uit de voorbereidende werken van het Wetboek van Strafvordering uit 1808 bestond de *ratio legis* van het voorrecht van rechtsmacht er geenszins in een privilege voor de leden van de magistratuur in het leven te roepen, maar wel om in het algemeen belang de onafhankelijkheid van het gerechtelijk ambt te waarborgen door :

- De magistraten enerzijds te beschermen tegen roekeloze of tergende vervolgingen die er op gericht zouden zijn hen te destabiliseren of hun optreden onmogelijk te maken, aangezien

hun opdracht om medeburgers te vervolgen of recht te spreken hen in zeer sterke mate aan dergelijke aanvallen blootstelt;

- Anderzijds elk risico op straffeloosheid en elke mogelijke zweem van partijdigheid te vermijden, door ervoor te zorgen dat zaken betreffende in verdenking gestelde magistraten niet door hun rechtstreekse of ondergeschikte ambtgenoten afgehandeld moeten worden. Die laatsten zouden zich zo in een delicate of tweeslachtige positie bevinden met het risico dat zij hierbij blijk zouden geven van ‘ een al te grote mildheid of een overmatige strengheid. [...] die, om trouw te zijn aan zijn plichten, alle uitingen van haat het hoofd biedt, nooit het slachtoffer zal worden van onrechtvaardige wrok ’ » (*Parl. St.*, Kamer, 2023-2024, DOC 55-3945/001, p. 16).

Unter Berücksichtigung dieser Zwecke, die mit einem ordnungsgemäßen Funktionieren der Rechtspflege zusammenhängen, ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der Ansicht, dass die Regelung des Gerichtsbarkeitsvorrechts mit Artikel 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist (EuGHMR 15. Juli 2003, *Ernst u.a. gegen Belgien*, ECLI:CE:ECHR:2003:0715JUD003340096; Entscheidung, 7. November 2023, *Bastiaens gegen Belgien und Lernout u.a. gegen Belgien*, ECLI:CE:ECHR:2023:1107DEC002593012). Die spezifischen Regeln über die Untersuchung, die Verfolgung und die Aburteilung sollen nämlich verhindern, dass einerseits leichtfertige, ungerechtfertigte oder schikanöse Verfolgungen gegen Personen eingeleitet werden, auf die diese Regelung Anwendung findet, und dass andererseits die gleichen Personen mit allzu großer Strenge oder allzu großer Milde behandelt werden (EuGHMR, 15. Juli 2003, *Ernst u.a. gegen Belgien*, vorerwähnt, § 50). Allerdings verlangt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Rechte, die das mutmaßliche Opfer aus dem allgemeinen Strafverfahren ableitet und die im Rahmen der Regelung des Gerichtsbarkeitsvorrechts fehlen, durch andere Rechtsbehelfe kompensiert werden, die es ihm erlauben, seine Rechte auszuüben (ebenda, § 53).

Die Regeln bezüglich des Gerichtsbarkeitsvorrechts wurden somit aus Gründen allgemeinen Interesses eingeführt, und nicht zum persönlichen Vorteil der Personen, auf die die Regelung Anwendung findet. Durch die Festlegung einer abweichenden Regelung für diese Personen schützt der Gesetzgeber nämlich die richterliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit und vermeidet eine Beeinträchtigung des Vertrauens der Öffentlichkeit in das Rechtssystem.

Diese Regeln gehören zur öffentlichen Ordnung, sodass diese Personen nicht darauf verzichten können, auch nicht wenn sie der Auffassung sind, dass die Anwendung der gewöhnlichen Regeln des Strafverfahrens für sie vorteilhafter wäre.

B.2.2. Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 ersetzt Kapitel III (Artikel 479 bis 489) von Titel IV von Buch II des Strafprozessgesetzbuches, das die Verfolgung und Untersuchung gegen Magistrate wegen Verbrechen und Vergehen regelt. Mit dieser Änderung möchte der Gesetzgeber das Gerichtsbarkeitsvorrecht mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Auffassungen und den Entwicklungen im Bereich der strafprozessrechtlichen Garantien in Einklang bringen. Dabei berücksichtigt er unter anderem die Empfehlungen des Hohen Justizrates (HJR, *Voorrecht van rechtsmacht in het kader van dossier Jonathan Jacob (bijzonder onderzoek)*, 27. März 2015, www.hrij.be), den « Gesetzgebungsbericht 2017 » des Generalprokurators beim Kassationshof an den Parlamentarischen Ausschuss, beauftragt mit der Evaluation der Rechtsvorschriften, und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (*Parl. Dok.*, Kammer, DOC 55-3945/001, SS. 15 bis 28 und 88 bis 103).

B.2.3. Eine dieser Reformen bezieht sich auf die Einschränkung des personellen Anwendungsbereichs des Gerichtsbarkeitsvorrechts. Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches, ersetzt durch Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024, bestimmt:

« Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt onder een bij een misdrijf betrokken magistraat verstaan hij die van het plegen van een misdaad of wanbedrijf verdacht, in verdenking gesteld, beklaagd of beschuldigd wordt en die op het moment van het misdrijf of op het moment van de vervolging een van volgende ambten bekleedt :

- vrederechter of rechter in de politierechtbank met uitzondering van de plaatsvervangende rechters;

- magistraat in of bij de rechtbank van eerste aanleg, de arbeidsrechtbank of de ondernemingsrechtbank, met uitzondering van de rechters in sociale zaken, de rechters in ondernemingszaken of de plaatsvervangende rechters;

- magistraat in of bij het Hof van Cassatie, het hof van beroep of het arbeidshof, met uitzondering van de raadsheren in sociale zaken of de plaatsvervangende raadsheren;

- elke andere magistraat van het openbaar ministerie;

- magistraat van het Grondwettelijk Hof, de Raad van State, het auditoraat bij de Raad van State, het Rekenhof of de Raad voor Vreemdelingenbetwistingen.

Dit hoofdstuk is niet van toepassing op handelingen door de bij een misdrijf betrokken magistraat gesteld na zijn opruststelling, tenzij hij het ambt van plaatsvervangend magistraat bekleedt of zijn ambt verder uitoefent overeenkomstig de artikelen 156*bis*, 383, §§ 2 tot 4, en 383*bis* van het Gerechtelijk Wetboek ».

B.2.4. In den Vorarbeiten zu der beanstandeten Reform heißt es diesbezüglich:

« b) *Ratione personae* (art. 479 in ontwerp)

‘ Het staat in beginsel aan de wetgever om te beslissen voor welke overheidsambten dient te worden voorzien in van de gewone regels van de strafrechtspleging afwijkende regels teneinde de door hem nagestreefde doelstellingen van algemeen belang te bereiken (...). Het Grondwettelijk Hof kan de door de wetgever op dat vlak gemaakte keuzes slechts in het geding brengen indien ze kennelijk onredelijk zijn of indien ze leiden tot een onevenredige beperking van de rechten van de daarbij betrokken personen ’.

De Hoge Raad voor de Justitie heeft aanbevolen om het voorrecht van rechtsmacht te beperken ‘ tot diegenen die effectief en permanent belast zijn met de rechtsbedeling ’.

Er wordt bijgevolg voorgesteld om de volgende categorieën uit te sluiten :

1) De referendarissen bij het Hof van Cassatie of het Grondwettelijk Hof, de leden van het coördinatiebureau bij de Raad van State en de provinciegouverneurs. Deze categorieën horen niet meer thuis in deze van het gemeen recht afwijkende procedure dan bijvoorbeeld de generaals die het bevel voeren over een divisie. Deze verloren hun hoedanigheid al in 2003.

Er wordt om gevolg te geven aan de opmerking van de Raad van State (randnr. 2.3.1) gepreciseerd ten aanzien van de referendarissen bij het Hof van Cassatie, het Grondwettelijk Hof en de leden van het coördinatiebureau bij de Raad van State dat zij weliswaar een belangrijke medewerking en bijstand verlenen maar niet zelf effectief met de rechtsbedeling belast zijn. Er is voor gekozen om voor de toepassing van de procedure van voorrecht van rechtsmacht *ratione personae* het criterium te hanteren van ‘ diegenen die effectief en permanent belast zijn met de rechtsbedeling ’. De coherente toepassing van dit criterium heeft tot gevolg dat deze categorieën niet ‘ effectief belast ’ zijn met de rechtsbedeling. De procedure van voorrecht van rechtsmacht is om die reden niet op hen van toepassing.

In zijn advies wijst de Raad van State er terecht op dat de rechters en raadsheren in sociale zaken, de rechters in ondernemingszaken, de gerechtelijke stagiairs - zelfs indien in opdracht - de gerechtelijke attachés, de griffiers, de parketjuristen en referendarissen bedoeld in artikel 162 van het Gerechtelijk Wetboek, en de assessoren in de strafuitvoering of in de internering, de *lege lata*, uitgesloten zijn van het toepassingsgebied van het zogenaamde ‘ voorrecht van rechtsmacht ’.

Hij wijst er ook op dat het Grondwettelijk Hof heeft geoordeeld dat artikel 479 van het Wetboek van Strafvordering geen schending van de artikelen 10 en 11 van de Grondwet inhoudt, aangezien deze bepaling niet van toepassing is op de raadsheer in sociale zaken of de rechter in ondernemingszaken.

In het bijzonder wil het ontwerp een einde maken aan het ongerechtvaardigde verschil in behandeling dat in dit opzicht bestaat tussen alle bovenvermelde categorieën enerzijds en de referendarissen bij het Grondwettelijk Hof en het Hof van Cassatie anderzijds.

Hoewel deze laatsten ongetwijfeld betrokken zijn bij de behandeling van zaken, zijn ze er niet op dezelfde manier titularis van zoals een magistraat, aangezien ze niet nominatief in de procedure verschijnen door uitspraak te doen, te vorderen, te besluiten of een advies uit te brengen onder hun handtekening.

Er is dus geen reden om redelijkerwijs te vrezen dat een partij, zelfs als zij te weten is gekomen dat een zaak aan een van hen is toevertrouwd, ‘ roekeloze of tergende vervolgingen zal instellen die haar kunnen destabiliseren of hun optreden onmogelijk kunnen maken, of zijn taak om zijn medeburgers te vervolgen of te berechten hem in zeer sterke mate blootstelt aan dergelijke aanvallen ’, noch om ‘ het risico van straffeloosheid en een schijn van partijdigheid af te wenden, en te vermijden dat hij, wanneer hij wordt aangeklaagd, door naaste (directe of ondergeschikte) collega’s wordt berecht ’.

Geen van de twee *ratio legis* die in de toelichting worden genoemd, is daarom van toepassing op deze referendarissen.

En het feit dat ze geen ander beroep uitoefenen, betekent niet dat ze ‘ effectief en permanent belast zijn met de rechtsbedeling ’ op dezelfde manier als een magistraat, dat wil zeggen op een manier die zou rechtvaardigen dat op hen de procedure wordt toegepast die afwijkt van het gemene recht en die is voorzien voor magistraten.

2) De magistraten op rust met inbegrip voor de emeritus-magistraten en eremagistraten voor handelingen gesteld na het beëindigen van hun effectieve gerechtelijk ambt.

Momenteel is het voorrecht van rechtsmacht enkel van toepassing op de handelingen van een magistraat wanneer hij op rust werd gesteld wegens het bereiken van de leeftijdsgrens zolang hij het statuut van magistraat behoudt en dit onafhankelijk van zijn recht op het emeritaat of het dragen van de eretitel.

Deze magistraat op rust kan evenwel gemachtigd worden zijn ambt uit te oefenen totdat er voorzien is in de plaats opgevallen als gevolg van zijn inruststelling (artikel 383*bis* Ger. W.).

Sinds de inwerkingtreding van de wet van 19 oktober 2015 ‘behouden de magistraten die op eigen verzoek vóór de wettelijke leeftijd zijn toegelaten tot de inruststelling en die bovendien werden gemachtigd tot het voeren van de eretitel van hun ambt het statuut van magistraat wanneer zij daar niet uitdrukkelijk afstand van hebben gedaan, in voorkomend geval op een latere datum dan hun inruststelling ’.

Net als de magistraten die wegens hun leeftijd op rust werden gesteld, kunnen zij worden aangesteld om het ambt van plaatsvervangend magistraat uit te oefenen (artikelen 156*bis* en 383, § 2 Ger. Wb.).

De *ratio legis* van deze bijzondere procedure lijkt te rechtvaardigen dat deze ook kan worden toegepast op feiten gepleegd tijdens de uitoefening van dit ambt.

Er wordt om gevolg te geven aan de opmerking van de Raad van State (randnr. 2.3.2) gepreciseerd met betrekking tot plaatsvervangende magistraten (art. 156*bis* Ger.W.), zoals de Raad van State opmerkt, dat de artikelen 64, lid 3, en 87, § 1, lid 1, Ger.W. bepalen dat de functie van plaatsvervangend rechter of raadsheer niet permanent is en dat zij ‘ worden benoemd om verhinderde rechters tijdelijk te vervangen ’. Deze laatste bepaling voegt, net als artikel 102 van hetzelfde wetboek met betrekking tot plaatsvervangende raadsheren, toe dat ze ‘ kunnen ook geroepen worden om zitting te nemen wanneer de bezetting niet volstaat om de hangende zaken te behandelen ’. Artikel 156*bis*, leden 1 en 2, van hetzelfde wetboek bevat zeker soortgelijke bepalingen voor de plaatsvervangende magistraat. In tegenstelling tot plaatsvervangende rechters en raadsheren zijn die plaatsvervangende magistraten echter beroepsmagistraten die ‘ tot de inruststelling zijn toegelaten ’, die hun ambt tot dan toe effectief en permanent hebben uitgeoefend, ‘ die bovendien werden gemachtigd tot het voeren van de eretitel van hun ambt ’, ‘ behouden het statuut van magistraat wanneer zij daar niet uitdrukkelijk afstand van hebben gedaan ’ (art. 383, §§ 1, lid 2, en 2, Ger.W.) en dus in de regel geen ander hoofdberoep uitoefenen. Bovendien kan die plaatsvervangend magistraat gevraagd worden om een hof van assisen of een andere belangrijke zaak voor te zitten, wat ondenkbaar is voor een plaatsvervangend rechter of raadsheer. Hen vrijstellen van het afwijkende regime voorzien in de artikelen 479 e.v. Sv. zou dan ook de behandeling van belangrijke zaken ernstig verstoren. Elk van de twee bovengenoemde *ratio legis* rechtvaardigen daarom hun opname in het toepassingsgebied van de procedure van artikel 479 e.v. Sv. Wat betreft de magistraten die gemachtigd zijn om hun ambt uit te oefenen tot dat er voorzien is in de plaats die is opgevacant in hun rechtscollege (art. 383*bis* Ger.W.), wordt gespecificeerd dat deze magistraten hun functie volledig blijven uitoefenen, in dezelfde hoedanigheid. Er is geen reden waarom de procedure voorzien in artikel 479 e.v. Sv. niet langer op hen van toepassing zou zijn gedurende deze periode.

3) De plaatsvervangende rechters en raadsheren

In 2015 stelde de minister van Justitie vast dat ‘ de pool van plaatsvervangende rechters, raadsheren waarover de rechterlijke macht thans beschikt, hoofdzakelijk bestaat uit advocaten aangevuld met enkele notarissen, professoren of emeritus-magistraten en eremagistraten die op de wettelijke leeftijd zijn toegelaten tot de inruststelling (...). Over de benoeming van advocaten als plaatsvervangende rechters en raadsheren is daarentegen kritiek gerezen in de gerechtelijke wereld wegens de rolonduidelijkheid die gecreëerd wordt wanneer men in hetzelfde rechtscollege de ene keer optreedt in de hoedanigheid van partij en de andere keer zijn opwachting maakt in de hoedanigheid van magistraat ’.

Geoordeeld werd al dat het voorrecht van rechtsmacht van de plaatsvervangende rechters niet indruist tegen de artikelen 13 van de Grondwet, 6, § 1 EVRM en 14, § 1 van het Internationaal Verdrag inzake Burgerrechten en Politieke Rechten.

In tegenstelling tot de categorie van de plaatsvervangende magistraten die uit emeritusmagistraten en eremagistraten bestaat zijn de plaatsvervangende rechters en raadsheren slechts in bijkomende orde, en niet effectief en permanent bij de rechtsbedeling betrokken – voor sommigen onder hen is dit zelfs amper sporadisch het geval – en de *ratio legis* van de afwijkende procedure rechtvaardigt niet dat deze procedure op hen van toepassing is.

In dit opzicht is het niet vanzelfsprekend aan een persoon die meent het slachtoffer te zijn van de handelingen van een advocaat of een notaris uit te leggen dat hij de strafvordering niet op gang kan brengen door zich burgerlijke partij te stellen gelet op de hoedanigheid van

plaatsvervangend magistraat van deze. De medebeklaagde zou in een dergelijk geval evenmin moeilijk kunnen begrijpen waarom hij, wegens samenhang, geen hoger beroep kan aantekenen, terwijl hij wellicht niet eens op de hoogte was dat de betrokken plaatsvervangende rechter of raadsheer deze hoedanigheid bekleedde.

Overeenkomstig de aanbevelingen van de Hoge Raad voor de Justitie en naar analogie met het ontwerp van het wetboek van strafprocedure wordt er voorgesteld om de plaatsvervangende rechters en de plaatsvervangende raadsheren van het toepassingsgebied van deze afwijkende procedure uit te sluiten.

Deze weglating zal, en dit is niet het minste van de voordelen ervan, het aantal toepassingsgevallen van deze procedure, die afwijkt van het gemeen recht, aanzienlijk verminderen.

Er wordt om gevolg te geven aan de opmerking van de Raad van State (randnr. 2.3.3.) gepreciseerd dat enkel diegenen die vermeld worden in het ontworpen artikel 479 Sv. onder de van het gemeen recht afwijkende regeling vallen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3945/001, SS. 89 bis 94).

In Bezug auf die Zulässigkeit

B.3.1. Aufgrund von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof (nachstehend: Sondergesetz vom 6. Januar 1989) muss jede Klageschrift datiert sein und eine Darlegung des Sachverhalts und der Klagegründe enthalten.

B.3.2. Die Klageschrift in der Rechtssache Nr. 8360 enthält in diesem Zusammenhang nur die Angabe « November 2024 », ohne Mitteilung des Tagesdatums. Aus den Schriftstücken in der Verfahrensakte ergibt sich jedoch, dass die Klageschrift per Einschreiben versandt wurde und bei der Kanzlei des Gerichtshofes innerhalb der Frist von sechs Monaten eingegangen ist, die in Artikel 3 des vorerwähnten Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 vorgesehen ist. Es ist daher zwangsläufig mit einem Tagesdatum versehen und das bloße formelle Fehlen der Angabe des Datums in der Klageschrift selbst beeinträchtigt keinesfalls die Rechtssicherheit. Um das Recht der klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 8360 auf Zugang zum Richter nicht auf unverhältnismäßige Weise zu beschränken, kann dieser Umstand nicht die Unzulässigkeit der Klage zur Folge haben.

B.3.3. Da sich die intervenierende Partei in der Rechtssache Nr. 8298 lediglich dem Klagegrund der klagenden Parteien anschließt und sie in der Rechtssache Nr. 8373 keinen Standpunkt vertritt, gibt es keinen Grund zur Prüfung der Zulässigkeit ihrer Intervention.

Zur Hauptsache

B.4. Die Prüfung der Übereinstimmung einer gesetzeskräftigen Bestimmung mit den Regeln der Zuständigkeitsverteilung muss in der Regel derjenigen ihrer Vereinbarkeit mit den Bestimmungen von Titel II und mit den Artikeln 170, 172 und 191 der Verfassung vorangehen.

In Bezug auf die Prüfung der Regeln der Zuständigkeitsverteilung

B.5. Im ersten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8360 führen die klagenden Parteien an, dass Artikel 479 Absatz 1 des Strafprozessgesetzbuches, ersetzt durch Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024, gegen Artikel 142 Absätze 1 und 6 der Verfassung verstoße, weil er insofern nicht durch eine besondere Mehrheit im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der Verfassung angenommen worden sei, als er einen wesentlichen Aspekt des Statuts der Referenten am Verfassungsgerichtshof regle.

B.6. Der Gerichtshof ist befugt zu prüfen, ob eine gesetzeskräftige Norm mit einer besonderen Mehrheit angenommen werden musste, weil dieses Erfordernis einer besonderen Mehrheit zwangsläufig Teil des Systems der Bestimmung der Zuständigkeiten ist.

B.7.1. Artikel 142 der Verfassung bestimmt:

« Es gibt für ganz Belgien einen Verfassungsgerichtshof, dessen Zusammensetzung, Zuständigkeit und Arbeitsweise durch Gesetz bestimmt werden.

Dieser Verfassungsgerichtshof befindet im Wege eines Entscheids über:

1. die in Artikel 141 erwähnten Konflikte;
2. die Verletzung der Artikel 10, 11 und 24 durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine in Artikel 134 erwähnte Regel;
3. die Verletzung der Verfassungsartikel, die das Gesetz bestimmt, durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine in Artikel 134 erwähnte Regel.

Der Verfassungsgerichtshof kann angerufen werden von jeder durch Gesetz bezeichneten Behörde, von jedem, der ein Interesse nachweist, oder, zwecks Vorabentscheidung, von jedem Rechtsprechungsorgan.

Der Verfassungsgerichtshof befindet unter Bedingungen und gemäß Modalitäten, die das Gesetz festlegt, im Wege einer Entscheidung über jede in Artikel 39*bis* erwähnte Volksbefragung vor deren Organisation.

Das Gesetz kann in Fällen, unter Bedingungen und gemäß Modalitäten, die es bestimmt, dem Verfassungsgerichtshof die Zuständigkeit übertragen, im Wege eines Entscheids über Beschwerden zu befinden, die gegen die von gesetzgebenden Versammlungen oder ihren Organen gefassten Beschlüsse über die Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Abgeordnetenkommer eingelegt werden.

Die in Absatz 1, Absatz 2 unter Nr. 3 und in den Absätzen 3 bis 5 erwähnten Gesetze werden mit der in Artikel 4 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen ».

B.7.2. Als der Verfassungsgeber den damaligen Artikel 107*ter* § 2 der Verfassung am 15. Juli 1988 überarbeitet hat, verabschiedete er ebenfalls eine Übergangsbestimmung, die wie folgt lautete:

« Tot de inwerkingtreding van de in § 2, eerste lid, bedoelde wet aangenomen overeenkomstig § 2, vierde lid, blijven de wet van 28 juni 1983 houdende de inrichting, de bevoegdheid en de werking van het Arbitragehof en de wet van 10 mei 1985 betreffende de gevolgen van de door het Arbitragehof gewezen vernietigende arresten van toepassing ».

Aus der Verbindung dieser Übergangsbestimmung mit Artikel 142 der Verfassung geht hervor, dass alle Aspekte zur Organisation, Zuständigkeit und Arbeitsweise des Verfassungsgerichtshofes, die im vorerwähnten Gesetz vom 28. Juni 1983 und im vorerwähnten Gesetz vom 10. Mai 1985 geregelt waren, seit dem 19. Juli 1988 nur mit einem besonderen Mehrheitsgesetz abgeändert werden konnten.

B.7.3. Aus den Vorarbeiten zur Überarbeitung der Verfassung vom 15. Juli 1988 ergibt sich, dass dieses Erfordernis einer besonderen Mehrheit auf der Rolle beruht, die der Gerichtshof innerhalb der belgischen Staatsorganisation hat. Im Erläuterungsschreiben zum Vorschlag der Regierung heißt es diesbezüglich:

« Wegens zijn fundamentele rol in de Belgische Staatshervorming, inzonderheid de verhoudingen tussen de Staat, de Gemeenschappen en de Gewesten, ligt het in de rede de uitvoeringswet op het Arbitragehof aan te nemen met een gekwalificeerde meerderheid.

Om de voor de hand liggende redenen van continuïteit wordt in de overgangsbepaling gepreciseerd dat tot aan deze omvorming van de thans bestaande wet van 28 juni 1983, evenals haar aanpassing aan de nieuwe bepalingen van artikel 107ter, § 2, deze wet van 28 juni 1983 verder van toepassing blijft » (*Parl. Dok.*, Senat, Sondersitzungsperiode 1988, 100-3/1°, S. 2).

Dieses Erfordernis einer besonderen Mehrheit stellt eine wesentliche Garantie für die institutionelle Unabhängigkeit des Gerichtshofes dar, der nicht zu einer der drei Staatsgewalten gehört. Es garantiert nämlich, dass die Regeln in Bezug auf die Organisation, die Zuständigkeit und die Arbeitsweise des Gerichtshofes nur abgeändert werden können « durch ein mit Stimmenmehrheit in jeder Sprachgruppe einer jeden Kammer angenommenes Gesetz [...], vorausgesetzt, dass die Mehrheit der Mitglieder jeder Gruppe versammelt ist, und insofern die Gesamtzahl der Jastimmen aus beiden Sprachgruppen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erreicht » (Artikel 4 Absatz 3 der Verfassung). Somit kann der Föderalgesetzgeber diese Regeln nicht mit der Mehrheit abändern, mit der er allgemeine gesetzeskräftige Normen annimmt, die Gegenstand der Prüfung durch den Gerichtshof sind.

B.8.1. Die Bestimmungen über die Organisation des Gerichtshofes, die nur mit der in Artikel 4 Absatz 3 der Verfassung vorgesehenen besonderen Mehrheit abgeändert werden können, sind nicht nur die Bestimmungen, die das Statut der Richter regeln. Sie umfassen vielmehr alle Aspekte der Organisation des Gerichtshofes, die im Gesetz vom 28. Juni 1983 geregelt waren, und beziehen sich folglich auch auf das Statut der Referenten am Verfassungsgerichtshof.

B.8.2. Wie in B.2.1 erwähnt, bietet das Gerichtsbarkeitsvorrecht eine Garantie für die Unabhängigkeit der richterlichen Funktion, indem alle Personen, die eine solche Funktion ausüben, vor unzulässigem Druck seitens der ausführenden Gewalt geschützt werden.

Artikel 109 des Gesetzes vom 28. Juni 1983 erklärte das Gerichtsbarkeitsvorrecht auf die Referenten am Verfassungsgerichtshof, damals Schiedshof, dadurch für anwendbar, dass dieser Funktionstitel der damaligen Fassung der Artikel 479 und 483 des Strafprozessgesetzbuches hinzugefügt wurde. Diese Bestimmung lautete wie folgt:

« In de artikelen 479 en 483 van het Wetboek van Strafvordering worden de woorden ‘ een lid van het Arbitragehof, een referendaris bij dat Hof ’ toegevoegd na de woorden ‘ bij de Raad van State ’ ».

Das Gerichtsbarkeitsvorrecht musste nicht im Sondergesetz vom 6. Januar 1989 übernommen werden, da das Inkrafttreten dieses besonderen Mehrheitsgesetzes keinen Einfluss auf die Anwendbarkeit der damaligen Artikel 479 bis 503*bis* des Strafprozessgesetzbuches auf die Richter und die Referenten am Verfassungsgerichtshof hatte. Das lässt jedoch den Umstand unberührt, dass es um einen Aspekt der Organisation des Verfassungsgerichtshofes geht, der im Gesetz vom 28. Juni 1983 geregelt war und der angesichts der Ausführungen in B.7.2 seit dem 19. Juli 1988 nur mit einem besonderen Mehrheitsgesetz abgeändert werden kann.

B.8.3. Da der Gesetzgeber Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 mit einer einfachen Mehrheit angenommen hat, und zwar auch insofern er sich auf die Referenten am Verfassungsgerichtshof bezieht, hat er in diesem Umfang gegen die Regel der Zuständigkeitsverteilung im Sinne von Artikel 142 Absätze 1 und 6 der Verfassung verstoßen.

Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches muss folglich insofern für nichtig erklärt werden, als er die Referenten am Verfassungsgerichtshof nicht als Inhaber des Gerichtsbarkeitsvorrechts erwähnt.

B.9. Da der zweite Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8360 nicht zu einer weiterreichenden Nichtigerklärung führen könnte, braucht er nicht geprüft zu werden.

In Bezug auf die Prüfung anhand des Grundsatzes der Gleichheit und Nichtdiskriminierung

Die Mitglieder des Koordinationsbüros beim Staatsrat

B.10. Im einzigen Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8298 führen die klagenden Parteien an, dass Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 insofern, als er Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches ersetze, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstoße, weil das Gerichtsbarkeitsvorrecht auf die Mitglieder des Koordinationsbüros beim Staatsrat keine Anwendung mehr finde, während es auf die Mitglieder des Staatsrats und die Auditoren beim Staatsrat Anwendung finde.

B.11.1. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung gewährleisten den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.11.2. Aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ergibt sich, dass die Grundsätze der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht nur in der Person der Richter gewährleistet sein müssen, sondern auch in der Person der Mitarbeiter eines Rechtsprechungsorgans, die inhaltlich zum Zustandekommen der Rechtsprechung beitragen (EuGHMR, 29. August 2024, *Tsulukidze und Rusulashvili gegen Georgien*, ECLI:CE:ECHR:2024:0829JUD004468121, § 52). Wenn nicht, könnte das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Rechtssystem, das in erheblichem Maße von Eindrücken abhängt, erschüttert werden (ebenda, § 54).

B.11.3. Es obliegt grundsätzlich dem Gesetzgeber zu bestimmen, für welche öffentlichen Ämter Regeln vorzusehen sind, die von den gewöhnlichen Regeln des Strafverfahrens abweichen, um die Ziele des Allgemeininteresses zu erreichen, wie sie in B.2.1 erwähnt sind.

Der Gesetzgeber darf allerdings diese Ziele nicht auf diskriminierende Weise beeinträchtigen, indem er bestimmte Richter und Mitarbeiter von Rechtsprechungsorganen, die inhaltlich zum Zustandekommen der Rechtsprechung beitragen, vom Gerichtsbarkeitsvorrecht ausschließt. Dies würde nämlich im Widerspruch zu diesen Zielen des Allgemeininteresses bestimmte Personen doch noch « leichtfertigen, ungerechtfertigten oder schikanösen Verfolgungen » aussetzen und ließe die Gefahr wieder aufleben, dass diese Personen « entweder mit allzu großer Strenge oder allzu großer Milde behandelt werden ». Das würde die richterliche Unabhängigkeit gefährden und das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Rechtssystem beeinträchtigen.

B.12.1. Wie in B.2.4 erwähnt, wollte der Gesetzgeber mit der angefochtenen Bestimmung entsprechend einem Vorschlag des Hohen Justizrats den Anwendungsbereich des Gerichtsbarkeitsvorrechts auf die Personen begrenzen, die « effektiv und ständig mit der Rechtspflege beauftragt sind ». Dies sind aus Sicht des Gesetzgeber nur diejenigen Personen, die « namentlich im Verfahren in Erscheinung treten, indem sie eine Entscheidung treffen, Anträge stellen, Schriftsätze einreichen oder eine Stellungnahme abgeben unter Leistung ihrer Unterschrift » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3945/001, SS. 90 und 91). Dieses Ziel ist legitim.

B.12.2. Der Behandlungsunterschied beruht auf einem objektiven Unterscheidungskriterium, nämlich der Funktion des Amtsträgers beim Staatsrat. Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches, gelesen im Lichte der Vorarbeiten zum Gesetz vom 15. Mai 2024, erklärt das Gerichtsbarkeitsvorrecht auf die Mitglieder des Staatsrats und das Auditorat, jedoch nicht auf die Mitglieder des Koordinationsbüros für anwendbar.

B.12.3. Aufgrund von Artikel 77 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat haben die Mitglieder des Koordinationsbüros unter anderem die Aufgabe, die Rechtsvorschriften auf dem neuesten Stand zu halten, den beiden Abteilungen des Staatsrates die Dokumentation des Büros zur Verfügung zu stellen, der Öffentlichkeit die Dokumentation des Büros in Bezug auf den Stand der Rechtsvorschriften zur Verfügung zu stellen, Koordinierung, Kodifizierung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften vorzubereiten, und die Grundsätze der Gesetzgebungstechnik auszuarbeiten und zu verbreiten.

Es handelt sich dabei um sehr wichtige Aufgaben, die sehr gute juristische Fachkenntnisse und eine große Pünktlichkeit erfordern. Die korrekte Ausführung dieser Aufgaben gewährleistet, dass sowohl der Staatsrat als auch die Öffentlichkeit bei der Suche nach und der Analyse von einschlägigen Rechtsvorschriften über ein zuverlässiges Arbeitsinstrument verfügen. Es ist daher selbstverständlich, dass die Prüflinge mit den besten Noten im Rahmen einer streng vergleichbaren Prüfung mit diesen Aufgaben betraut werden. Es handelt sich gleichwohl nicht um Aufgaben, die richterlicher Art sind, da deren Ausübung nicht unmittelbar und inhaltlich zum Zustandekommen der Rechtsprechung beiträgt. Es besteht folglich vernünftigerweise keine Gefahr, dass die Mitglieder des Koordinationsbüros Gegenstand von schikanösen und leichtfertigen Anträgen sein könnten, die zum Ziel haben, sie in der Ausübung einer richterlichen Funktion zu destabilisieren.

Diese Gefahr kann aber in Bezug auf die Mitglieder des Staatsrats und des Auditorats bestehen. Die Mitglieder des Staatsrats sind effektiv mit der Rechtspflege beauftragt. Die Mitglieder des Auditorats tragen inhaltlich zum Zustandekommen der Rechtsprechung bei, indem sie im eigenen Namen Auditoratsberichte erstellen, die von großer Bedeutung im Rahmen der Urteilsbildung des Staatsrats sind, und indem sie einen Standpunkt im Rahmen der Sitzung vorbringen. Der Umstand, dass manche Mitglieder des Staatsrats der Gesetzgebungsabteilung zugewiesen sind, lässt dies unberührt, da sie kraft Artikel 89 Absatz 2 der vorerwähnten Gesetze über den Staatsrat «aufgefordert werden [können], in der Verwaltungstreitsachenabteilung zu tagen, entweder um die zweisprachige Kammer zu bilden oder um ein verhindertes Mitglied einer niederländischsprachigen beziehungsweise einer französischsprachigen Kammer zu vertreten oder um zusätzliche Kammern zu bilden».

Der angefochtene Behandlungsunterschied ist folglich im Lichte des vom Gesetzgeber verfolgten Ziels einer unabhängigen und unparteiischen Rechtsprechung sachdienlich.

B.12.4. Der angefochtene Behandlungsunterschied ist auch nicht mit unverhältnismäßigen Folgen für das Allgemeininteresse verbunden, das durch die Regelung des Gerichtsbarkeitsvorrechts geschützt wird, da eine eventuelle Strafverfolgung der Mitglieder des Koordinationsbüros keinen solchen Charakter hat, dass die richterliche Unabhängigkeit gefährdet oder das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Rechtssystem beeinträchtigt wird.

B.12.5. Insofern das Gerichtsbarkeitsvorrecht auf die Mitglieder des Koordinationsbüros beim Staatsrat keine Anwendung findet, verstößt Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8298 ist unbegründet.

Die stellvertretenden Richter

B.13. Im ersten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8373 führen die klagenden Parteien an, dass Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstoße, weil stellvertretende Richter und Gerichtsräte nicht mehr unter das

Gerichtsbarkeitsvorrecht fielen, während diese Regelung weiterhin auf die « effektiven Magistrate » Anwendung finde.

Im zweiten Klagegrund in dieser Rechtssache führen sie an, dass diese Bestimmung mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung unvereinbar sei, insofern die Magistrate im Ruhestand, die noch für Entscheidungen über Streitigkeiten eingesetzt würden, weiterhin unter das Gerichtsbarkeitsvorrecht fielen.

Angesichts ihres Zusammenhangs prüft der Gerichtshof diese Klagegründe zusammen.

B.14.1. Das Gerichtsgesetzbuch unterscheidet zwischen einerseits « stellvertretenden Richtern » und « stellvertretenden Gerichtsräten » und andererseits « stellvertretenden Magistraten ».

Nach den Artikeln 64, 87 und 102 des Gerichtsgesetzbuches können stellvertretende Richter beziehungsweise stellvertretende Gerichtsräte an den Friedensgerichten, den Gerichten Erster Instanz, den Arbeitsgerichten und den Unternehmensgerichten beziehungsweise den Appellationshöfen und den Arbeitsgerichtshöfen ernannt werden. Sie haben keine ständig auszuübende Funktion und werden ernannt, um verhinderte Richter beziehungsweise Gerichtsräte zeitweilig zu ersetzen. Sie können ebenfalls in den Fällen tagen, wo der Personalbestand nicht ausreicht, um das Gericht beziehungsweise den Appellationshof gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zusammenzustellen. Die Artikel 188, 192 und 207*bis* des Gerichtsgesetzbuches legen die Voraussetzungen fest, die die Bewerber bezüglich dieser Funktionen erfüllen müssen: Sie müssen Doktor, Lizentiat oder Master der Rechte sein, bestimmte Prüfungen erfolgreich bestanden haben und einige Jahre in den in diesen Gesetzesbestimmungen aufgezählten akademischen oder richterlichen Funktionen, der Rechtsanwaltschaft oder dem Notarberuf tätig gewesen sein.

Nach Artikel 156*bis* des Gerichtsgesetzbuches gibt es stellvertretende Magistrate beim Kassationshof, den Appellationshöfen, den Arbeitsgerichtshöfen, den Gerichten Erster Instanz, den Arbeitsgerichten, den Unternehmensgerichten, den Friedensgerichten und den Polizeigerichten. Hierfür kommen die Magistrate in Frage, die sich aufgrund ihres Alters im Ruhestand befinden, und die Magistrate, die auf ihren eigenen Antrag hin vor dem gesetzlichen Pensionsalter in den Ruhestand versetzt worden sind und außerdem den Ehrentitel ihres Amtes

tragen dürfen. Sie üben keine ständig auszuübende Funktion aus und werden bestimmt, « um, je nach Fall und jeder für seinen Bereich, entweder verhinderte effektive Magistrate oder verhinderte Mitglieder der Staatsanwaltschaft zeitweilig zu ersetzen ». Sie können ebenfalls tagen, wenn der Personalbestand nicht ausreicht, um anhängige Sachen zu behandeln. Nach Artikel 383 § 2 des Gerichtsgesetzbuches können sie von ihren Korpschefs bestimmt werden, um das Amt eines stellvertretenden Magistrats bis zum Alter von 70 Jahren auszuüben, wobei diese Ernennung anschließend bis zu vier Mal um jeweils ein Jahr verlängert werden kann. Nach Artikel 383 § 4 des Gerichtsgesetzbuches können Friedensrichter, die für die Ausübung des Amtes eines stellvertretenden Magistrats bestimmt werden, dieses Amt auch in einem anderen Kanton des Gerichtsbezirks ausüben.

Außerdem sieht Artikel 383*bis* des Gerichtsgesetzbuches vor, dass Magistrate, mit Ausnahme der Magistrate am Kassationshof, die sich aufgrund ihres Alters im Ruhestand befinden, vom König die Erlaubnis erhalten, ihr Amt weiter auszuüben, bis die Stelle, die in ihrem Rechtsprechungsorgan vakant geworden ist, wieder besetzt ist, und zwar für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten, der verlängert werden kann, bis der Magistrat das Alter von dreiundsiebzig Jahren vollendet hat.

B.14.2. Vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 15. Mai 2024 waren in den Artikeln 479 und 483 des Strafprozessgesetzbuches keine stellvertretenden Richter und keine stellvertretenden Gerichtsräte angeführt. Nach damaliger ständiger Rechtsprechung des Kassationshofs fand das Gerichtsbarkeitsvorrecht gleichwohl auf sie Anwendung, weil der abschließende Charakter dieser Bestimmungen dem nicht entgegensteht, dass « in dem Umfang, in dem ein stellvertretender Richter eine der in den Artikeln 479 und 483 des Strafprozessgesetzbuches erwähnten Personen ersetzt, auch er diesen Gesetzesbestimmungen unterworfen ist » (Kass., 29. November 2011, ECLI:BE:CASS:2011:ARR.20111129.1; siehe im gleichen Sinne Kass., 10. April 1843, *Pas.* 1843, I, 141; 11. September 1967, *Arr. Cass.* 1968, S. 52; 11. September 1987, *Pas.* 1988, I, p. 49; Kass., 12. März 2013, ECLI:BE:CASS:2013:ARR.20130312.7).

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass diese ständige Rechtsprechung des Kassationshofs, die der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes entsprach (VerfGH, Nr. 66/94, 14. Juli 1994, ECLI:BE:GHCC:1994:ARR.066; Nr. 60/96, 7. November 1996, ECLI:BE:GHCC:1996:ARR.060; Nr. 112/98, 4. November 1998, ECLI:BE:GHCC:1998:ARR.112; Nr. 117/98, 18. November 1998,

ECLI:BE:GHCC:1998:ARR.117), eine ausreichende Rechtsgrundlage im innerstaatlichen Recht darstellte. Daraus leitete er ab, dass die Anwendung des Gerichtsbarkeitsvorrechts auf stellvertretende Richter und stellvertretende Gerichtsräte mit dem durch Artikel 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Recht der Beurteilung durch ein auf Gesetz beruhendes Gericht vereinbar war (EuGHMR, Entscheidung, 7. November 2023, *Bastiaens gegen Belgien und Lernout u.a. gegen Belgien*, vorerwähnt, § 21).

B.14.3. Seit Inkrafttreten des Gesetzes vom 15. Mai 2024 findet das Gerichtsbarkeitsvorrecht in Bezug auf die Höfe, Gerichte und die Staatsanwaltschaften auf die Friedensrichter und die Polizeirichter, die Magistrate an den Gerichten Erster Instanz, den Arbeitsgerichten und den Unternehmensgerichten, mit Ausnahme der Richter in sozialen Sachen, die Magistrate am oder beim Kassationshof, dem Appellationshof oder dem Arbeitsgerichtshof, mit Ausnahme der Gerichtsräte in sozialen Sachen, und jeden anderen Magistrat der Staatsanwaltschaft Anwendung. Die gleiche Bestimmung schließt demgegenüber die stellvertretenden Richter und die stellvertretenden Gerichtsräte ausdrücklich und abweichend von der vorerwähnten Rechtsprechung des Kassationshofs von diesem besonderen Verfahren in Strafsachen aus.

Kraft derselben Bestimmung findet das Gerichtsbarkeitsvorrecht keine Anwendung auf Magistrate im Ruhestand, es sei denn, wenn sie das Amt eines stellvertretenden Magistrats innehaben oder ihr Amt gemäß den vorerwähnten Artikeln 156*bis*, 383 §§ 2 bis 4 und 383*bis* des Gerichtsgesetzbuches weiter ausüben.

B.14.4. Zurzeit findet das Gerichtsbarkeitsvorrecht daher auf alle Personen Anwendung, die als Mitglied der Richterschaft an einem Rechtsprechungsorgan der rechtsprechenden Gewalt über Streitigkeiten entscheiden, mit Ausnahme der stellvertretenden Richter, der stellvertretenden Gerichtsräte, der Richter in Unternehmenssachen sowie der Richter und Gerichtsräte in sozialen Sachen. Diese Bestimmung führt auch einen Behandlungsunterschied zwischen zwei Kategorien von Personen ins Leben, die keine ständig auszuübende richterliche Funktion innehaben, weil die stellvertretenden Richter und die stellvertretenden Gerichtsräte das Gerichtsbarkeitsvorrecht nicht genießen, während die stellvertretenden Magistrate und die Magistrate, die ihr Amt gemäß Artikel 383*bis* des Gerichtsgesetzbuches weiter ausüben, dieses Vorrecht genießen.

B.15.1. Aus den in B.2.4 angeführten Vorarbeiten ergibt sich, dass der Ausschluss der stellvertretenden Richter und der stellvertretenden Gerichtsräte vom Anwendungsbereich des Gerichtsbarkeitsvorrechts auf der Feststellung beruhte, dass diese Personen ihre richterliche Funktion nur ergänzend ausüben, neben ihrem Hauptberuf, der oft der Beruf des Rechtsanwalts ist. Dadurch sind sie laut den Vorarbeiten « nicht effektiv und ständig an der Rechtspflege beteiligt ». Deshalb sah es der Gesetzgeber im Lichte der in B.2.3 angeführten *ratio legis* der Reform der Regelung des Gerichtsbarkeitsvorrechts nicht mehr als gerechtfertigt an, diese Personen einem vom allgemeinen Recht abweichenden Strafverfahren zu unterwerfen. Er war auch der Ansicht, dass es schwer zu rechtfertigen sei, dass ein Opfer von durch einen Rechtsanwalt begangenen Straftaten die Strafverfolgung nicht durch Auftreten als Zivilpartei in Gang setzen könne, nur weil dieser Rechtsanwalt auch stellvertretender Richter oder stellvertretender Gerichtsrat sei. Genauso schwer sei es zu rechtfertigen, so der Gesetzgeber, dass der Mitangeklagte in diesem Fall keine Berufung einlegen könne, obwohl er selbst nicht unter das Gerichtsbarkeitsvorrecht falle (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3945/001, SS. 93 und 94). Diese Ziele sind legitim.

B.15.2. Der Behandlungsunterschied beruht auf einem objektiven Unterscheidungskriterium, nämlich dem Statut entweder des stellvertretenden Richters oder stellvertretenden Gerichtsrats oder des stellvertretenden Magistrats. Dieses Unterscheidungskriterium ist im Lichte der in B.15.1 erwähnten Ziele auch sachdienlich.

B.15.3. Der Ausschluss der stellvertretenden Richter und der stellvertretenden Gerichtsräte vom Anwendungsbereich des Gerichtsbarkeitsvorrechts ist allerdings im Lichte der in B.2.1 erwähnten Ziele des Allgemeininteresses, die mit der Regelung des Gerichtsbarkeitsvorrechts geschützt werden sollen, mit unverhältnismäßigen Folgen verbunden. Stellvertretende Richter und stellvertretende Gerichtsräte sind zwar nicht ständig, gleichwohl aber effektiv mit der Rechtspflege beauftragt. Diese effektive Ausübung der richterlichen Funktion reicht aus, um sie in dem Umfang, in dem sie Recht sprechen, der Gefahr leichtfertiger, ungerechtfertigter oder schikanöser Verfolgungen auszusetzen, mit denen sie in der Ausübung dieser richterlichen Funktion destabilisiert werden sollen. Dies gefährdet die richterliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit in den Sachen, in denen sie Recht sprechen, und hat einen solchen Charakter, dass dadurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Rechtssystem beeinträchtigt werden kann.

B.15.4. Insofern Artikel 43 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 die stellvertretenden Richter und die stellvertretenden Gerichtsräte vom Gerichtsbarkeitsvorrecht ausschließt, verstößt er gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Folglich sind in Artikel 479 Absatz 1 erster Gedankenstrich des Strafprozessgesetzbuches die Worte « mit Ausnahme der stellvertretenden Richter », in Artikel 479 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich desselben Gesetzbuches die Worte « oder der stellvertretenden Richter » und in Artikel 479 Absatz 1 dritter Gedankenstrich desselben Gesetzbuches die Worte « oder der stellvertretenden Gerichtsräte » für nichtig zu erklären.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

1. erklärt Artikel 479 des Strafprozessgesetzbuches insofern, als er die Referenten am Verfassungsgerichtshof nicht als Inhaber des Gerichtsbarkeitsvorrechts erwähnt, für nichtig;

2. erklärt in Artikel 479 Absatz 1 erster Gedankenstrich des Strafprozessgesetzbuches die Worte « mit Ausnahme der stellvertretenden Richter », in Artikel 479 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich desselben Gesetzbuches die Worte « oder der stellvertretenden Richter » und in Artikel 479 Absatz 1 dritter Gedankenstrich desselben Gesetzbuches die Worte « oder der stellvertretenden Gerichtsräte » für nichtig;

3. weist die Klagen im Übrigen zurück.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 25. September 2025.

Der Kanzler,

Nicolas Dupont

Die vors. Richterin,

Joséphine Moerman